

KURZ NOTIERT

von Anke Timmann

Die Autorin ist
Trainerin an der
Akademie für
international
Zusammenarbeit (AIZ) der
GIZ und bereitet
Fachkräfte der
Entwicklungszusammenarbeit
auf ihren Einsatz
in Laos vor.

Weniger Unfälle durch Blindgänger bei andauernder Räumung

Die Zahl der Unfälle mit UXO (Unexploded Ordnance, Blindgänger) sanken von jährlich 300 (2008) auf 50 pro Jahr (2016). Trotz dieser erfreulichen Nachricht passieren jedoch weiterhin regelmäßig Unfälle. Am 23. März wurde ein zehnjähriges Mädchen in der Provinz Xiang Khouang durch Streumunition, so genannte „Bombies“ getötet, zwölf weitere Personen – fünf Erwachsene, sieben Kinder, – zwischen 2 und 57 Jahren wurden verletzt. Dieser Unfall ist einer der schwers-

ten in Jahrzehnten. Die für die Bombardierung verantwortliche US-Regierung bewilligte 2016 für einen Zeitraum von drei Jahren 90 Mio. US Dollar zur Bombenräumung. Aufgrund von Budgetkürzungen der USA besteht jetzt allerdings die Gefahr, dass dieses Geld nicht zur Bombenräumung verwendet wird. Von 270 Millionen sogenannten Bombies, die über Laos abgeworfen wurden, sind ein Drittel noch als Blindgänger verstreut, die jederzeit explodieren können. Zehntausende

von Menschen sind seit Ende des Vietnamkrieges 1975 durch Blindgänger gestorben, drei Viertel der Landesfläche sind noch immer mit UXO verseucht. Landesweit gibt es 108 Räumteams, von denen jedes ca. 41 Hektar Fläche pro Jahr räumen kann. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind bisher erst ca. 60.000 Hektar (600 Quadratkilometer) geräumt worden.

Legaciesofwar.org, 23.3.2017

Vientiane Times 5.7.2017

UNDP Laos, 12.4.2017

Laos baut dritten Staudamm am Mekong

Obwohl Laos bisher keine Einigung mit seinen Nachbarländern über den Bau der beiden Dämme Xayaburi und Don Sahong erzielt hat, plant die Regierung schon den Bau eines weiteren großen Staudamms am Mekong. Baubeginn für den Pak Baeng Staudamm (912 MW) in Nordlaos ist für 2018 geplant. Das chinesische Unternehmen *Datang Overseas Investment Co., Ltd.* führt das Vorhaben auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der laotischen und chinesischen Regierung aus dem Jahr

2007 durch. Ein Teil des Stroms ist für den Export vorgesehen. Über 1.100 Menschen in sieben Dörfern in der nördlichen Provinz Oudomxay werden dadurch ihre Häuser verlieren und umgesiedelt werden, teilweise in neue Dörfer, teilweise auf eine Anhöhe in der Nähe des alten Dorfes. Der Vertrag sieht den Bau von neuen Häusern, einer Schule, Tempel und Apotheken vor, plant die Versorgung der Dörfer mit Elektrizität, Wasser und Arbeitsmöglichkeiten, mit dem Ziel, dass die

Familien vom Projekt profitieren können. Abzuwarten bleibt, wie dieses Vorhaben tatsächlich umgesetzt wird. *International Rivers* warnt auch bei diesem Dammprojekt vor den gravierenden Umweltschäden und bemängelt soziale Nachteile wie z. B. fehlende Partizipationsmöglichkeiten der betroffenen Gemeinschaften.

Vientiane Times, 10.4.2017

Mekong River Commission, 17.1.2017

International Rivers, 9.11.2016,

12.4.2017

Tödliche Bedingungen für ArbeiterInnen – Bananenplantagen müssen schließen

Aufgrund der verstärkten Nachfrage nach Bananen in China nahm die Zahl der Bananenplantagen in Laos in den letzten Jahren stetig zu. Doch seit einiger Zeit häuften sich Berichte über Krankheiten und Todesfälle von ArbeiterInnen auf den Plantagen, im Januar 2017 mussten bereits 18 von chinesischen Investoren betriebene Bananenplantagen in der Provinz Bokeo schließen. Jetzt wurden weitere Plantagen geschlossen und die BetreiberInnen gewarnt, dass wegen Verstößen gegen Auflagen Konzessionen

nicht mehr verlängert werden. Die letzten Verträge laufen zwischen 2018 und 2020 aus. Durch den Einsatz von Chemikalien und Pestiziden sind die ArbeiterInnen gesundheitlich stark gefährdet und die Böden über Jahre hinweg verseucht. Laut einer Studie des *Laos National Agriculture and Forestry Institute* 2016 wurden 63 Prozent der ArbeiterInnen auf Bananenplantagen innerhalb von sechs Monaten krank. Üblicherweise stellen viele chinesische PlantagenbesitzerInnen maximal Dreijahresverträge aus, aus Angst,

dass zu viele ArbeiterInnen sterben. Die Provinzbehörden forderten Bauern und Bäuerinnen auf, die Arbeit trotz laufender Verträge niederzulegen. Die zuständigen Behörden stehen nun vor der Herausforderung, das durch Pestizide kontaminierte Land wieder fruchtbar zu machen und den Bauern und Bäuerinnen alternative Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen.

Radio Free Asia, 12.4.2017

The Diplomat, 14.4.2017